

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

#### September 2022

JA zur Reform der Verrechungssteuer am 25. September





NEIN zur gefährlichen Tierhaltungsinitiative am 25. September

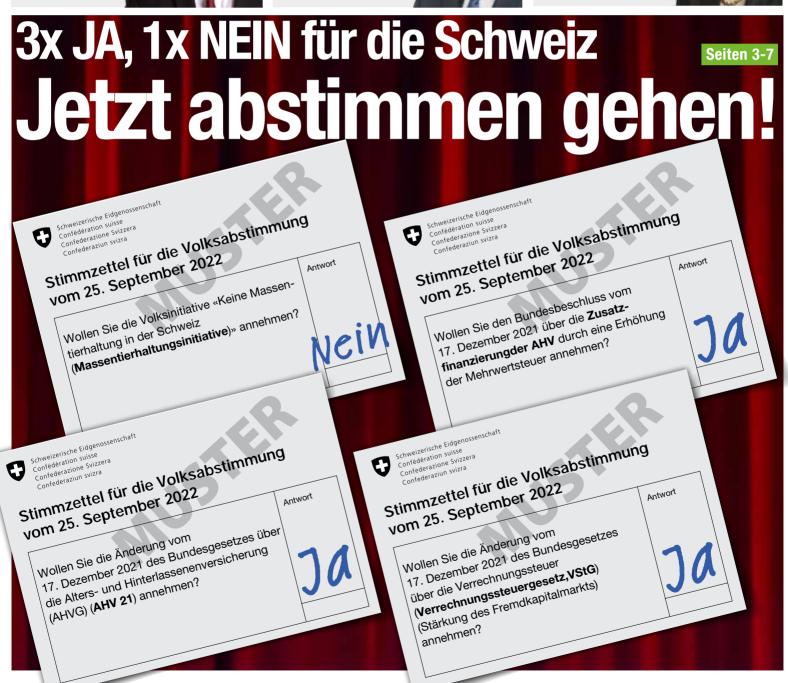
Seite 7



Freiheit gegen die absurde Gender-Politik verteidigen

Seite 13





# Mit der SVP das Energie-Desaster abwenden

Wenn Links-Grün so weiterwurstelt, geht uns im Winter der Strom aus. Die SVP hat eine klare Gegenstrategie, um eine sichere und bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten.

Der Sommer 2022 wird als einer der bisher schönsten und wärmsten in die Geschichte eingehen.

Und was machen die Medien? Sie jammern. Dabei haben wir ganz andere Sorgen: Bereits im nächsten Winter droht uns, der Strom auszugehen.

Doch das Desaster hat sich abgezeichnet. Die SVP warnte bereits bei der Abstimmung über die Energiestrategie 2050 vor Versorgungsproblemen und horrenden Kosten. Wir warnten davor, dass wir bald kalt duschen müssten. Und was machten die anderen Parteien? Sie lachten uns aus. Heute lacht niemand mehr.

Strom haben. Die bestehenden Kernkraftwerke müssen weiterbetrieben werden.

rende Landwirtschaft ausbremsen und uns zu einem Volk von Vegetariern um-

> erziehen. Dabei ist ihre Initiative kontraproduktiv: Eine Annahme würde zu viel mehr Importen führen. Obwohl klar ist, dass die Tiere im Ausland deutlich schlechter gehalten werden als in der Schweiz, Gleichzeitig würde der Selbstversorgungsgrad abnehmen. Darum braucht es am 25. September ein klares Nein!

Wichtig sind auch die anderen beiden Abstimmungsvorlagen: Um die AHV zu retten, in Zukunft zu sichern, ist die AHV-Reform anzunehmen. Ein Ja

empfiehlt die SVP auch zur Reform der Verrechnungssteuer. Sie bringt ins Ausland abgeflossenes Geld zurück in die Schweiz. Davon profitieren wir alle.



Für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Verantwortlich für das Desaster ist die Politik der Linken und Grünen. Dahinter steckt ein perfider Plan: Nach dem Corona-Lockdown wollen sie den Energie-Lockdown. Dann können sie uns ihre Öko-Diktatur aufzwingen. Planwirtschaft mit grünem Anstrich.

Nicht mit der SVP! Eine sichere, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung hat höchste Priorität. Darum fordert die SVP: Wir müssen 20 Milliarden Franken investieren, damit wir im Winter genug

Es darf keine Technologieverbote geben. Kernkraftwerke der neuesten Generation müssen sofort geplant und realisiert werden. Die CO2-Reduktionsziele sind aufzuschieben. Das Verbandsbeschwerderecht beim Ausbau der Wasserkraft ist auszusetzen.

#### Ernährungssicherheit zerstören? Nein!

Um Versorgungssicherheit geht es auch bei den Volksabstimmungen vom 25. September. Links-grüne Kreise wollen mit der Massentierhaltungsinitiative die produzieCM

Marco Chiesa Ständerat und Präsident der SVP Schweiz

# Ja zur frauenfreundlichen AHV-Revision

Die geburtenstarken Jahrgänge gehen langsam in Pension, wodurch das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Rentnern aus der Balance gerät. Um das wichtigste Sozialwerk der Schweiz zu retten, braucht es deshalb eine Modernisierung – und 2x Ja am 25. September.



Es ist höchste Zeit, die Vorteile für die Frauen bei der Revision AHV-21 darzulegen, über welche wir am 25. September abstimmen. Wir Frauen werden in der AHV in verschiedenen Bereichen bevorzugt behandelt. Frauen zahlen nur etwa einen Drittel ein, während Männer zwei Drittel beisteuern. Bezogen werden aber 55% der Rentengelder von Frauen und 45% von Männern. 2020 wurden 24 Mia. Franken an Frauen und 19 Mia. an Männer ausbezahlt. Dies, weil mehr Männer Hochlohnempfänger sind als Frauen. Sie bezahlen auch auf sehr hohen Löhnen AHV-Beiträge, erhalten aber nur die Maximalrente von Fr. 2390.

#### Gleiches Rentenalter ist fair

Im Weiteren ist die Lebenserwartung der Frauen um über drei Jahre höher als jene der Männer. Somit beziehen Frauen insgesamt über vier Jahre länger Rente als Männer. Eine Angleichung des Rentenalters an jenes der Männer ist fair. Das Rentenalter wird bei der Annahme der Revision schrittweise, d.h. pro Jahrgang um drei Monate, erhöht werden. Das ist eine durchaus verkraftbare Erhöhung. Dabei erhalten die betroffenen Jahrgänge 1961 bis 1969 Ausgleichszahlungen - und dies wohlverstanden ein Leben lang! Die Auszahlungen richten sich nach der Höhe der Rente. Je tiefer die Rente, desto höher die Ausgleichszahlung.

Auf die Teilzeit-Erwerbstätigen und jene im Tieflohnsegment wird also besonderes geachtet. Ein weiterer Vorteil wird den Frauen der Übergangsgenerationen bei früherem Rentenbezug gewährt, indem ihre Renten weniger gekürzt werden. Nun hat die Teilzeitarbeit der Frauen meistens den Grund in der Kinderbetreuung. Diese wertvolle Arbeit daheim bei den Kindern wird durch Betreuungsgutschriften honoriert. So werden die Rentenlücken der Frauen schon heute geschmälert.

#### Vorteil für die Frauen

Die Angleichung des Frauenrentenalters muss als Vorteil angesehen werden. Dadurch kann die eigene AHV-Rente erhöht werden. Zusätzlich ergibt sich die Möglichkeit, ein Jahr länger Beiträge in die Pensionskasse einzuanstatt einer Zwangspensionierung ausgesetzt zu sein.

Die Revision bietet für Männer und Frauen einen flexiblen Rentenbezug ab 63 bis 70. Ausserdem besteht die Möglichkeit eines Teilrentenvorbezugs und eines Teilrentenaufschubes.

Die AHV-21-Diskussion darf nicht mit jener des BVG (Pensionskasse) vermischt werden. Tiefere Renteneinkommen der Frauen beruhen mehrheitlich auf den persönlichen Konti der beruflichen Vorsorge.

Die Erhöhung des normalen Mehrwertsteuersatzes um 0,4 % bzw. jenes



Um die Rentenzahlungen an pensionierte Männer und Frauen langfristig zu sichern, ist die zur Abstimmung stehende Reform der AHV von zentraler Bedeutung.

zahlen, was ebenfalls zu einer höheren Rente beiträgt.

Es findet also kein Verlust statt, wie von linker Seite behauptet wird. Sondern wir Frauen bekommen die Chance und das Recht, unsere Altersguthaben auch in der Pensionskasse zu erhöhen, für Lebensmittel um 0,1 % ist ein Kompromiss der bürgerlichen Parteien.

Um das wichtigste Sozialwerk der Schweiz – auch für unsere junge Generation – zu retten, **braucht es am 25.** September dringend ein doppeltes Ja zur AHV-21-Reform.

# Die Schweiz muss möglichst schnell neue Kernkraftwerke bauen dürfen!

Schwerpunkt der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Baar (ZG) war die Energiekrise und die Frage, was für eine sichere, unabhängige und bezahlbare Stromversorgung zu tun ist. Für die SVP Schweiz ist klar: Das Technologieverbot ist zwingend aus dem Gesetz zu streichen. Die Delegierten fassten zudem die Parolen für die Abstimmungen vom 25. September: Sie sagten klar JA zu den beiden AHV-Vorlagen und zur Reform der Verrechnungssteuer sowie NEIN zur extremen Massentierhaltungsinitiative.

Der Schweiz droht eine Energiekrise von nie dagewesenem Ausmass. Schon in diesem Winter könnten wir zu wenig Gas und – noch schlimmer – Strom haben. Dies hätte katastrophale Folgen für alle Menschen in unserem Land. Eine Strom-Mangellage bedroht unsere Lebensgrundlagen. Zu wenig Strom heisst Chaos, Armut, Hunger, Kälte, Tod. Grund für die Krise ist die völlig

chere und bezahlbare Energieversorgung sichergestellt werden kann.

#### Parolen: 3 Mal Ja und ein Mal Nein

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten die Parolen für die Abstimmungen vom 25. September: Sie sagten mit 292 Jazu 3 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen klar JA zu den beiden Vorlagen der AHV-ReZur linksextremen Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» hingegen sagen die Delegierten mit 304 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen NEIN. Diese schädliche Initiative bringt dem Tierwohl nichts, würde aber zu höheren Lebensmittelpreisen und zu noch mehr Importen führen und damit die

Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland erhöhen.

Aus Zeitgründen und weil
die Vorlage unbestritten ist, fasste
der Parteivorstand
im Vorfeld der Delegiertenversammlung einstimmig
und abschliessend
die JA-Parole zur
Reform der Verrechnungssteuer.

Die Reform nützt allen:
Dem Staat, der
Wirtschaft, den
kleinen Sparern
und den Besitzern
von Obligationen.
Mit einem Ja ho-

len wir ein wichtiges Geschäft in die Schweiz zurück, das heute wegen der Verrechnungssteuer im Ausland stattfindet. Damit kommen verlorene Steuereinnahmen und Wertschöpfung in unser Land zurück.

Insgesamt nahmen 338 Delegierte und 55 Gäste an der Versammlung teil.



Rund 400 SVP-Delegierte und Gäste versammelten sich in Baar (ZG), um die Sicherung der Stromversorgung der Schweiz zu fordern und die Reform der AHV sowie die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September zu unterstützen. Zudem lehnten sie die gefährliche Tierhaltungs-Initiative ab.

verfehlte, ideologische links-grüne Energiepolitik, die noch immer auf die klar gescheiterte Energiestrategie 2050 setzt.

An ihrer Versammlung in Baar (ZG) befassten sich die Delegierten der SVP Schweiz mit der Frage, wie die Energiekrise kurzfristig zu bewältigen ist und wie mittel- und langfristig eine si-

form («Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer» und «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung»). Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz und die Reform ist dringend nötig, geht es doch um die Finanzierung und die Stabilität der Altersvorsorge aller Menschen in der Schweiz.

## «Mehreinnahmen für die Schweiz»

Am 25. September stimmen wir über die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer ab. Bundesrat Ueli Maurer erklärt, worum es dabei geht – und warum ein Ja mehr Wohlstand für alle bedeutet.

# Ueli Maurer, worüber entscheiden wir bei der Verrechnungssteuer-Reform genau?

Der Bund erhebt auf Zinsen von Schweizer Obligationen eine Steuer von 35 Prozent, die sogenannte Verrechnungssteuer. Die Folge ist, dass viele Schweizer Unternehmen ihre Obligationen im Ausland auflegen, statt bei uns. Wir verlieren so Arbeitsplätze und Steuereinnahmen ins Ausland, Ich will diese Steuereinnahmen in die Schweiz holen. Die Reform sieht darum vor, neue Schweizer Obligationen ab dem 1. Januar 2023 von der Verrechnungssteuer zu befreien sowie die Umsatzabgabe aufzuheben. Damit erreichen wir, dass mehr Schweizer Obligationen bei uns herausgegeben und gehandelt werden - wir holen zurück, was in die Schweiz gehört und stärken dadurch unsere einheimische Wirtschaft.

#### Heisst das aber auch, dass der grösste Teil der Bevölkerung davon gar nicht betroffen ist, sondern vor allem grosse Unternehmen?

Nein, das Gegenteil ist der Fall! Diese Abstimmung betrifft uns alle. Denn es geht darum, wie sich die Schweiz in einer härter werdenden globalisierten Welt behaupten kann. Wir befinden uns in einem dauernden internationalen Wettbewerb um Wohlstand, der immer intensiver wird. Uns Schweizern ist es so lange so gut gegangen, dass wir diesen Wohlstand für ganz selbstverständlich halten. Ein gefährlicher Irrtum! Während unsere Unternehmen in vielen Bereichen die besten der Welt sind, droht uns, politisch ins Hintertreffen zu geraten. Denn andere sind hungrig und innovativ; aktiv verbessern sie ihre Rahmenbedingungen und erhöhen so ihre Standortattraktivität. Wir sind dagegen manchmal etwas satt und träge: Häufig diskutieren wir nur noch, wo wir überall Geld ausgeben wollen, statt dass wir uns überlegen, wie wir Geld verdienen und Wohlstand schaffen können.



Bundesrat Ueli Maurer kämpft dafür, dass das Schweizer Geld in die Schweiz zurückkehrt. Deshalb ruft er dazu auf, bei der Reform der Verrechnungssteuer mit JA zu stimmen.

#### Kritiker bemängeln, dass dadurch Steuereinnahmen verloren gehen. Was ist von diesem Argument zu halten?

Das ist zu kurz gedacht. Wir müssen das Gesamtbild anschauen: Uns entgehen insgesamt und auf die Dauer keine Einnahmen, im Gegenteil. Denn die Schweiz wird dank der Reform Mehreinnahmen schaffen. Unter dem Strich wird die Reform rentieren. Nichts wirft für den Staat so viele Einnahmen ab, wie eine dynamische, florierende Wirtschaft! Wenn wir mehr Steuereinnahmen wollen, müssen wir die Wirtschaft stärken. So wie jetzt mit der Reform der Verrechnungssteuer. Und

nochmals: Ich will die Steuereinnahmen in die Schweiz holen, von denen jetzt das Ausland profitiert.

## Ihr Appell an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger?

Es geht nur auf den ersten Blick um Steuern, in Wirklichkeit geht es um viel mehr: Es geht darum, dass wir in unserem Land die besten Bedingungen schaffen, um unseren Wohlstand zu bewahren, für uns und auch für die nächste Generation – und speziell jetzt, da die Zeiten wirtschaftlich schwieriger werden. Stimmen Sie darum Ja zur Reform der Verrechnungssteuer!

# Schweiz wieder in die Pole-Position!

Die Verrechnungssteuer bewirkt, dass Schweizer Unternehmen sich Geld im Ausland statt in der Schweiz beschaffen. Diesen Standortnachteil räumt die Reform endlich aus dem Weg: Ein JA am 25. September zur Reform der Verrechnungssteuer stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und sichert so Arbeitsplätze und Lehrstellen.



fung der Verrechnungssteuer. Verrechnungssteuerfrei werden künftig nur neue, inländische Obligationen. Nichts ändert sich im weit gewichtigeren Bereich der Dividenden, die für die Milliardeneinnahmen beim Bund verantwortlich sind. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Reform ist ausgesprochen positiv. Bei geringen

die Reform führt letztlich zu mehr Einnahmen und höherer Wertschöpfung in der Schweiz statt im Ausland. Es herrschen ausgesprochen anspruchsvolle Zeiten: Mit Krieg in Europa, Lieferengpässen, Fachkräftemangel, Energieknappheit, steigenden Zinsen, Inflationstendenzen. Und gerade in solchen, von unterschiedlichsten Herausforderungen

Heuteverschenktdie Schweiz mutwillig Steuergelder und Geschäftsmöglichkeiten ans Ausland. Bundesrat und Parlament wollen Finanzierungsmöglichkeiten in der Schweiz attraktiver machen und somit Steuern wieder zurück in die Schweiz holen. Davon haben wir alle etwas.

Die Reform belebt den schweizerischen Kapitalmarkt und schafft Zugang zu günstigeren Finanzierungen. Von diesen zusätzlichen, günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten profitieren Bund, Kantone und Gemeinden besonders. Die eingesparten Zinskosten entlasten die Staatskassen und damit auch alle Steuerzahlenden.

#### Es profitieren alle

Zu den Gewinnern der Reform zählen auch öffentliche Unternehmen wie beispielsweise Spitäler, Heime oder andere Gesundheitseinrichtungen. Denn auch sie können nebst allen anderen Unternehmen im Land Geld zu günstigeren Bedingungen aufnehmen. Dadurch werden wichtige Investitionen vorangetrieben. Von diesen Investitionen profitieren wir alle! Denn wenn öffentliche Kreditnehmer Geld sparen, werden zum Beispiel auch Prämienzahlende entlastet.

Bei der Reform handelt es sich lediglich um eine sehr gezielte Teil-Abschaf-



Die Reform der Verrechnungssteuer bringt nur Gewinner hervor, denn diese Steuer benachteiligt den Wirtschaftsstandort Schweiz im internationalen Vergleich. Ihre Abschaffung fördert Investitionen und Arbeitsplätze in der Schweiz.

kurzfristigen Kosten können bedeutende volkswirtschaftliche Vorteile erreicht werden.

## Mehr Wertschöpfung in der Schweiz

Warum linke Kreise gegen diese Reform sind, ist absolut schleierhaft. Denn geprägten Zeiten ist es wichtig, für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Am 25. September können wir an der Urne einen wichtigen Schritt tun: Ein JA zur Reform der Verrechnungssteuer stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und sichert so Arbeitsplätze und Lehrstellen.

# «Das Wohlergehen der Tiere ist gewährleistet»

Bundesrat Guy Parmelin erklärt, warum die Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz», über die wir am 25. September abstimmen, sowohl die Bauern als auch die Konsumentinnen und Konsumenten benachteiligt. Nutztiere genössen in der Schweiz bereits heute einen hervorragenden Schutz.

# Der Bundesrat lehnt die Massentierhaltungsinitiative ab. Warum?

Das ist ganz einfach. Zunächst einmal sind Nutztiere in der Schweiz bereits sehr gut geschützt. Das Schweizer Gesetz ist in diesem Bereich eines der strengsten der Welt. Haltungsformen, die das Wohlbefinden der Tiere beeinträchtigen, sind verboten. Auch die Misshandlung von Tieren oder die Vernachlässigung ihrer Bedürfnisse werden bereits jetzt gesetzlich streng bestraft.

#### Was verlangen die Initianten darüber hinaus? Und warum ist das übertrieben?

Wenn die Initiative angenommen wird, muss der Bund
noch strengere Mindestanforderungen festlegen: Die Kriterien
für die Pflege und Unterbringung
der Tiere müssen verschärft werden, die Standards für den Zugang
zu frischer Luft, das Schlachten
und die maximale Gruppengrösse
pro Stall müssen noch rigider sein.
Diese neuen Anforderungen haben extreme Auswirkungen. Mehr

als 3000 landwirtschaftliche Betriebe sind betroffen. Die Rentabilität wird sinken. Es ist nicht auszuschliessen, dass einige von ihnen aufgrund der kostspieligen Investitionen ihren Betrieb aufgeben müssten. Was ist die Folge? Der Selbstversorgungsgrad des Landes wird sinken. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Schweizer Landwirtschaft als Verliererin dastehen wird und der Verbraucher mit ihr.

Die Initianten behaupten, dass die Schweiz diese Regeln einführen



Der Bundesrat lehnt die gefährliche Tierhaltungsinitiative ab, die nicht nur die Schweizer Landwirtschaft und die Bauernfamilien, sondern auch die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten benachteiligt. Die Schweiz hat eine der strengsten Tierhaltungsgesetzgebungen der Welt.

#### müsse, um ihren Vorsprung in Sachen Qualität und Ökologie zu halten.

Unsere Bauern werden täglich herausgefordert, ihren guten Ruf gegenüber ausländischen Importen zu wahren. Ich bin jedoch der Meinung, dass Qualitätsprodukte das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren sind, die die Landwirte am besten kennen. Daher sollte man ihnen unternehmerische Freiheit lassen. Sie sollen den besten Weg wählen können, um den ökologischen Anforderungen der Verbraucher gerecht zu werden. Auch dem Tierschutz! Der ist

auch mir als ehemaligem Landwirt extrem wichtig. Wir müssen aber auch schauen, dass wir die Rentabilität der Betriebe erhalten können. Die Planwirtschaft hat noch nie zum Erfolg geführt!

Die Initiative fordert, dass Importprodukte denselben Tierschutzanforderungen unterliegen wie einheimische. Das ist doch gut und wird sogar den Schweizer Markt schützen.

Zunächst einmal ist ein solches Vorgehen sehr schwer umzusetzen, weil es gegen die internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz verstossen würde. Ausserdem wäre es ein Schutz, den der Verbraucher bezahlen müsste. Seine Auswahl wäre eingeschränkt, und die ärmsten Haushalte würden unter den Preiserhöhungen am meisten leiden. In einer Zeit, in der wir uns mit Händen und Füssen gegen die Auswirkungen der

Inflation wehren und alles daransetzen, die Versorgung unseres Landes zu sichern, scheint mir das völlig unangebracht. Ausserdem, wie wollen wir die importierten Produkte kontrollieren? Das würde mehr Bürokratie bedeuten, also mehr Verwaltungsausgaben, was weder im Interesse der Unternehmer noch der Steuerzahler ist. Ich glaube, dass dies niemand will. Ich bin im Gegenteil überzeugt, dass das Wohlergehen der Tiere ohne diese Initiative genauso gut gewährleistet sein wird – weil es im Interesse unserer Bauern ist.

# Ernährungs-Sicherheit zerstören?

Gefährliche Tierhaltungs-Initiative



www.svp.ch

# «Energiewende» zerstört Wohlstand

Die linke Energiepolitik des Bundes ist gescheitert: Stromrationierung, Gasengpässe, Auslandabhängigkeit, Notfallpläne und Rettungsschirme sind die prägenden Begriffe geworden. Ausgangspunkt des Übels ist die Energiestrategie 2050. Sie ist nicht krisenresistent und tritt die Grundsätze der Verfassung mit Füssen.



Der Begriff «Energiewende» stammt aus linksextremen Kreisen in Deutschland und beinhaltet eine politische Agenda. Die als nicht nachhaltig geltende Kernenergie sowie sämtliche fossilen Energieträger werden schlechtgeredet, verteuert und verboten. Stattdessen wird eine Profiteur-Wirtschaft aufgezogen, die den Steuerzahler Milliarden kostet und mit erheblichen Risiken verbunden ist.

#### Schweiz im Strom-Abseits

Die Deutschen haben sich immer stärker von Erdgas abhängig gemacht. Gas ist der einzige Energieträger, der die Flauten von Wind und Solar schnell überbrücken kann. Darum wird Gas auch für die Schweiz immer wichtiger. Im Ausland mag die Ersatz von Kohle durch Gas ökologisch Sinn ergeben. Der Schweizer Strommix ist aber nahezu CO2-frei. Schon darum ist die Gas-Verstromung für uns ein ökologischer Rückschritt. Des Weiteren stieg der deutsche Gasimport aus gleicher Quelle (Russland) erheblich. Das Klumpenrisiko dieser Beschaffungssünden wird nun durch den Ukraine-Krieg schonungslos offengelegt. Gefährdet ist auch die Versorgung der Schweiz. Die von alt Bundesrätin Doris Leuthard initiierte und von Bundesrätin Simonetta Sommaruga weitergeführte Energiestrategie 2050 macht die Schweiz zum Strom-Importland und entsprechend verwundbar, wenn andere Länder selbst nicht genügend Strom haben.

#### Angriff auf den Wohlstand

Für die Schweiz bedeutet die «Energiewende» eine Abkehr der erfolgreichen Energiepolitik gemäss Verfassung. Der Auftrag wäre, die Versorgung «breit gefächert», «sicher» sowie «umweltfreundlich» und «kostengünstig» sicherzustellen. Diese Grundsätze haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Schweiz zu einem der reichsten und wettbewerbsfähigsten Länder der Welt geworden ist. Weil die

tung den tiefsten CO2-Ausstoss aufweist und den meisten Winterstrom zuverlässig und kostengünstig produziert. Wie das mit dem hysterischen Ruf nach Dekarbonisierung vereinbar ist, bleibt das Geheimnis linker Berufs-Polemiker.

#### Sommaruga muss weg

Nun kommen die Folgen der verpeilten Energiepolitik bei Wirtschaft und Bevölkerung immer stärker zum Vor-



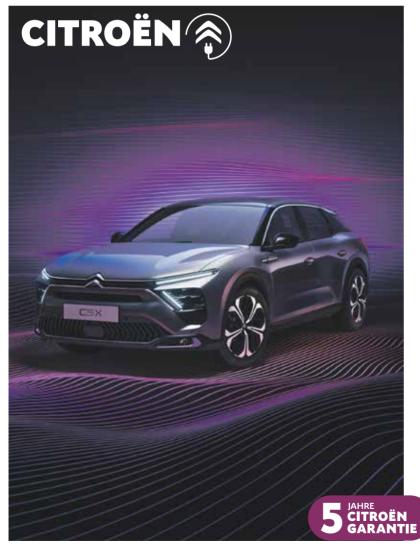
Die links-grünen Utopien haben die Schweiz in eine Sackgasse geführt. Die Energiepolitik muss neu ausgerichtet werden.

Energieversorgung untrennbar mit dem Wohlstand unseres Landes verknüpft ist, ist der Angriff gegen unsere bewährte Energieversorgung unweigerlich ein Angriff auf den Wohlstand der Schweiz. Geopfert wurde durch die «Energiewende» die Kernenergie, die zusammen mit der Wasserkraft das Rückgrat einer funktionierenden, krisenresistenten und sicheren Stromversorgung war. Ausgerechnet die Kernenergie, die pro Kilowattstunde Leis-

schein. Derweil versuchen die Medien, allen voran Sommarugas Propaganda-Chef Gieri Gavelty («SonntagsBlick»), der SVP die Schuld am Energiedesaster zu geben. Zum Glück hat das Volk das CO2-Gesetz und einige kantonale Energievorlagen nach der Empfehlung der SVP verworfen. Wer noch immer nicht gemerkt hat, dass die Energiepolitik grundlegend neu ausgerichtet werden muss, ist definitiv selbst zum Problem geworden – und muss weg.







#### **NEUER CITROËN C5 X PLUG-IN HYBRID**

**GELASSENHEIT. NEU DEFINIERT.** 





ADVANCED COMFORT® **ACTIVE SUSPENSION** 



ADVANCED COMFORT-SITZE



AKUSTIK-VERGLASUNG

#### citroen.ch



#### **IMPRESSUM**

# «Energiestrategie 2050» ist gescheitert

Der Schweiz droht eine Strom-Mangellage in einem nie dagewesenen Ausmass. Die Ursache dieser Krise liegt in der links-grünen Energiepolitik, die bis heute leider von FDP und Mitte mitgetragen wird. Sie stützt sich auf völlig realitätsfremde Annahmen.



Drei Irrtümer führen zu Mangel an Winterstrom: Erstens ist - entgegen dem Versprechen der damaligen Bundesrätin Doris Leuthard - die Versorgungssicherheit der Schweiz schon im kommenden Winter nicht mehr gewährleistet. Die «Energiestrategie 2050» ist gescheitert. Zweitens hat die EU selbst ein Stromversorgungsproblem. Es ist völlig naiv zu glauben, dass z.B. Deutschland, wenn es selbst zu wenig Energie hat, Strom in die Schweiz liefern würde. Drittens wurde das Kernkraftwerk Mühleberg mit über 3 TWh Leistung völlig fahrlässig abgestellt. 3 TWh sind allein der Mehrbedarf an Energie, den die masslose Zuwanderung der letzten zwanzig Jahre ausgelöst hat. Die Verknappung der Energie führt zu massiv höheren Preisen. Damit verteuert sich das ganze Leben: Mobilität, Heizen, Nebenkosten, Mieten, Transporte, Lebensmittel, Güter und Ferien.

### Elektrifizierung und Zuwanderung als Ursache

Die Elektrifizierung der Autos und Heizungen erzeugt einen grossen Strom-Mehrbedarf. Solange Strom nicht ausreichend und kostengünstig gespeichert werden kann, ist es schlicht nicht möglich, auf fossile Energieträger und die Kernkraft zu verzichten. Hinzu kommt die ungebremste Zuwanderung. Heute leben über 8,7 Millionen Menschen in der Schweiz. Allein von 2007 bis 2020

wanderten 1 Million Menschen in unser Land ein. Durch die Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr 60'000 bis 70'000 Personen hinzu plus Wirtschaftsmigranten. alle belasten unsere Infrastruktur und verbrauchen Energie. Statt die Zuwanderung zu drosseln, werden der Schweizer Bevölkerung höhere Abgaben Einschränkungen auferlegt.

#### Geheimplan der Linken und Grünen: Energie-Lockdown

Der Geheimplan der Lin-

ken und Grünen geht auf: Verbote bzw. Rationierung; Umerziehung der Bevölkerung; Verteuerung des Privatverkehrs; starke Erhöhung der Benzin- und Heizöl-Preise; Verbot von Ölheizungen; massiv höhere Flugticketpreise; Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035. Kurz: Die freie Marktwirtschaft wird durch eine ökologische Planwirtschaft ersetzt. Doch so können sich nur noch Reiche genügend Energie, Mobilität und Reisen leisten. Diese asoziale Politik trifft vor allem die ländlichen Gebiete, den Mittelstand, die Familien, Mieter, Hauseigentümer, das Gewerbe und alle, die auf ein Auto angewiesen sind.



2017 hatte die SVP die Energiekrise vorhergesagt. Die anderen Parteien behaupteten, dass dieses Plakat Angst schüre. 5 Jahre später ist es Realität geworden.

#### Forderungen der SVP

Die SVP fordert, dass sofort in eine sichere, kostengünstige und unabhängige Energieversorgung investiert wird. Bestehende Kernkraftwerke müssen weiterbetrieben und das Verbot für neue Kernkraftwerke soll aufgehoben werden (z.B. für den Bau von Mini-Reaktoren der neuesten Generation). Weiter müssen die CO2-Reduktionsziele zugunsten einer sicheren und bezahlbaren inländischen Energieversorgung aufgeschoben werden. Schliesslich stimmt das Parlament in der Herbstsession auf Druck der SVP-Bundeshausfraktion über die Senkung der Benzinsteuern ab.

## **NEIN zur 10-Millionen-Schweiz**

Die masslose Zuwanderung in die Schweiz fördert nicht unseren Wohlstand, sondern ruiniert ihn. Die enormen Folgen werden immer sichtbarer und die Kosten unbezahlbar. Wenn wir jetzt nicht das Ruder herumreissen, droht die Schweiz sich aufzulösen wie ein Stück Zucker im Wasser.



Per 31.12.2021 lebten 8.8 Millionen Menschen in unserem Land. Davon waren rund 2.2 Millionen oder über 25% Ausländer. Noch im Jahre 2010 waren es vergleichsweise beschauliche 7.79 Mio. gewesen - in nur 11 Jahren ist die Bevölkerung also um 1 Mio. Menschen angestiegen. Ohne dass wir es noch beeinflussen können, werden Ende 2025 über 9 Mio. Menschen bei uns wohnen. Wir steuern also direkt auf eine 10-Millionen-Schweiz zu – und dies gilt es zu verhindern!

Natürlich sehen inzwischen auch die glühendsten Befürworter einer unbeschränkten Zuwanderung, dass diese deutlich mehr Nach- als Vorteile mit sich bringt. Aber es ist wie beim Strom: Das Debakel ist angerichtet, und die Linken und Netten sind nicht bereit, das klägliche Scheitern ihrer Strategie einzugestehen.

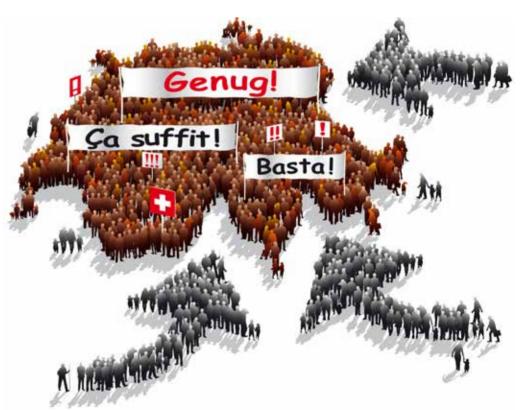
## Das sind die negativen Folgen der Zuwanderung

Die bald unerträgliche Dichte manifestiert sich in vielen Bereichen. Täglich sehen wir es auf unseren Strassen. Zwischen 2000 und 2021 ist die Zahl der Strassenmotorfahrzeuge um 38% angestiegen. In nackten Zahlen ausgedrückt: Die Zahl der Personenwagen wuchs von 3.545 Mio. auf 4.688 Mio. – das sind über 1.1 Mio. mehr Autos in nur 21 Jahren. Kein Wunder, stehen wir täglich mehrfach und bald überall im Stau. Denn natürlich verhindern die Befürworter der unbeschränkten Zuwanderung mit allen Mitteln den Ausbau der Strassen. Auch der ÖV kommt längst nicht mehr mit.

Besonders stark äussert sich die Zuwanderung beim Wohnungsmarkt. Stetig steigende Mieten und eine enorme Verteuerung des Baulands sind die Folgen. An vielen Schulen ist kein ordentlicher Unterricht mehr möglich. Bald müssen wir die verbleibenden Schweizer Kinder integrieren – statt umgekehrt.

## Asylbewerber belasten Sozialhilfe mit Milliarden

Dazu kommt der Asylbereich. Nebst fast 60'000 Ukrainern kamen bis Ende Juli zusätzlich 10'316 weitere Asylbewerber – meist reine Wirtschaftsmigranten. Von den arbeitsfähigen Zugewanderten arbeiten nicht einmal 50%. Dabei verschweigt man uns,



Die Schweiz leidet schon viel zu lange unter einer übermässigen Einwanderung und steuert geradewegs auf die 10-Millionen-Einwohner-Marke zu! Nur die SVP setzt sich dafür ein, die Einwanderung zu bremsen.

Auch die Kriminalität wächst und unsere Gerichte sind überlastet.

Gerne verschwiegen wird der enorme Anstieg des Energieverbrauchs eben gerade durch die Zuwanderung. Die gleichen Leute, welche uns nun ermuntern, Kerzen und Brennholz zu kaufen, haben diesen Anstieg ganz direkt zu verantworten. Denn bislang wurden sämtliche Bemühungen der SVP, die Zuwanderung endlich einzudämmen, von Links-Grün bis und mit der FDP bekämpft.

dass beispielsweise 82% aller Asylbewerber trotz Arbeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Unsere Gemeinden ächzen ob dieser Last – aber man schweigt noch vornehm und hofft, dass die Bürger trotz Steuererhöhungen nichts merken. Lange lässt sich dies aber nicht mehr vertuschen, denn wir erreichen hier nur für direkte Sozialhilfe die 3 Milliarden-Grenze!

Holen wir uns unsere Schweiz zurück! Stoppen wir endlich die Zuwanderung, bevor wir endgültig fremd im eigenen Land sind!

# Nein zur absurden Gender-Politik der Luxuslinken

Mit der sogenannten Cancel Culture samt Gender-Wahn will eine kleine Minderheit bestimmen, was erlaubt ist und was nicht. Die Forderungen werden immer abstruser und greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung muss die SVP entschieden entgegentreten.



Seit einiger Zeit hören wir immer wieder die Begriffe «Wokeness» und «Cancel Culture». Darunter können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei auch nichts Böses. Doch was unter diesen Begriffen in den letzten fünf Jahren von den USA zu uns geschwappt ist, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von sogenannten Toleranten und Linken. Das übergeordnete Dogma sind hochmoralisierte Inhalte unter der Annahme, dass, wenn sich jemand in seinen Gefühlen bedrängt fühlt, er bestimmen darf, was nun gilt und was nicht. Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten tagtäglich immer mehr zum Vorschein: Unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Musiker mit Rasta-Locken nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. An Universitäten dürfen Professoren, die nicht ganz auf der linken Linie sind, nicht mehr dozieren oder sie werden an einem Auftritt gehindert.

## Gender-Wahn dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser völlig moralisierten Ideologie der Linken ist «Gender». Dabei wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt ein Geschlecht hat, sondern es frei wählen kann. Sie behaupten, es gebe nicht nur Mann und Frau, sondern eine Vielzahl von Geschlechtern. Die Auswüchse dieser Gender-Ideologie lesen

und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund\*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «Gendern». Ein Vorstoss einer linken Nationalrätin will den Genderstern beim Bund so rasch wie möglich vorschreiben. Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer

tral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. Man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Mit all diesen Sachen kann sich nur eine Gesellschaft beschäftigen, die in Überfluss lebt, die keine wirklichen Probleme hat.

## Die SVP packt die wirklichen Probleme an

Doch unser Land steht in vielen Bereichen vor grossen Herausforderungen, zum Beispiel in der Energieversorgung oder



Die Cancel Culture manifestiert sich in den Schweizer Städten durch die Exzesse fordernder und lauter Gemeinschaften, die auf die Unterstützung der Luxuslinken zählen können.

unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgend etwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitgliederinnen» umgewandelt.

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift er wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneuder Ernährungssicherheit. Aktuell wissen wir nicht, ob wir in den kommenden Monaten genügend Strom haben werden. Doch die links-grüne Politik beschäftigt sich mit dem Genderstern. Dies zeigt exemplarisch auf, wie weltfremd und an den wirklichen Problemen vorbei die Linken politisieren. Sie wollen einen Genderstern einführen. Die SVP will eine funktionierende Energieund Nahrungsmittelversorgung für alle.



# Sichere Renten. Sichere Zukunft.

AHV21 Die Partei des Mittelstandes

# Frieren, hungern und ein leeres Portemonnaie

Linke, Grüne und Mitte machen die Schweiz vom Ausland abhängig. Das ist fatal. Wir müssen uns selbst mit Energie und Nahrungsmitteln versorgen können. Bei den nächsten Wahlen können wir die Weichen für die Zukunft stellen.



Der Chef der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom), alt

Ständerat Werner Luginbühl (BDP), trat kürzlich vor die Medien. Seine Mission: den Menschen im Land irgendwie beizubringen, dass die Energiestrategie 2050 und der von ihm selber angezettelte Atomausstieg gescheitert sind. Anstatt nun aber umgehend alles unternehmen, um die nötigen Schritte für die Zukunft einzuleiten, damit wir genügend Strom haben, hat er eine Bankrotterklärung abgegeben. Die Bevölkerung solle Kerzen kaufen und sich mit Holz eindecken. Das vermeinthochentwickelte Land Schweiz geht in grossen Schritten Richtung Steinzeit. Bundesrätin Sommaruga ruft die Menschen im Land zum Stromsparen auf. Und was macht sie selber? Sie setzt bei ihrer Staatskarosse auf einen stromfressenden Tesla. Der gehört in der aktuellen Lage zumindest Bundesratsmitglieder verboten. Das wäre dann ein erster Schritt Richtung Stromsparen.

## Sommaruga grätscht Parmelin ständig rein

Aber es ist nicht der einzige Patzer von Bundesrätin Sommaruga. Im Parlament verkündete sie lauthals, man müsse bei der Energie unabhängiger werden. Was durchaus richtig ist, dann aber bitte ohne Technologieverbot. In der Landwirtschaft geht sie aber genau in die andere Richtung. Hier grätscht sie Landwirtschaftsminister Parmelin rein, wo sie nur kann. Und drückt absurde Umweltanliegen durch. Die jüngsten Beschlüsse des Bundesrats führen zu massiv mehr Importen. Das heisst zu mehr Abhängigkeit vom Ausland. Aus diesem Grund prüft die SVP aktuell eine Initiative im

Ernährungsbereich. Wir müssen eine möglichst hohe Eigenversorgung erreichen. Abhängigkeiten sind Gift für eine sichere und bezahlbare Versorgung: Die Preise steigen – und das Versagen der links-grünen Politik bezahlt der Bürger.

#### Links-grüne Träumereien beenden

Die SVP verfolgt eine verlässliche Politik. Wir setzen nicht auf Hauruckübungen Mitte-Links bei der Energiestrategie. Für unabhängiges Land wie die Schweiz ist eine hohe Selbstversorgung ein Muss. Dass es in den Schweizer Wohnungen kalt werden könnte, haben wir vom Bundesrat erfahren. In der Kälte dann auch noch zu hungern, wäre fatal. So weit darf es nicht kommen. Den links-grünen Träumern ist ein Ende zu setzen. Schon bald sind weichenstellende Wahlen für unser Land.



Links-grüne Politik heisst mehr Steuern, mehr Verbote, mehr Abhängigkeit. Wer die SVP wählt, wählt mehr Freiheit, mehr Kaufkraft, mehr Wohlstand.

# Geld zurück in die Schweiz!

